

Die Sanktionen wirken



Russland. Wer nur auf die Wirtschaftsleistung schaut, der könnte meinen, dass die Sanktionen der westlichen Staaten Russland kaum geschadet hätten. Tatsächlich aber sind dessen Einnahmen aus Energieexporten um zweistellige Milliardenbeträge gesunken – zugleich pumpt die Regierung in Moskau immer mehr Geld in die Kriegswirtschaft. Anzeichen für eine Finanzierungslücke mehren sich. Wie deutsche Unternehmen, die noch in Russland tätig sind, mit der Situation umgehen und wie sich der Handel mit Osteuropa in jüngster Zeit generell entwickelt hat, erläutert Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Biolebensmittel

Die erfolgsverwöhnte Biobranche erhielt 2022 einen Dämpfer: Die Umsätze in Deutschland gingen erstmals seit Langem leicht zurück.

—> [Seiten 8-9](#)

Tarifpolitik

Trotz der sinkenden Inflationsrate ziehen die Tarifforderungen der Gewerkschaften weiter an. Setzen sie sich durch, droht eine Lohn-Preis-Spirale.

—> [Seiten 14-15](#)

Waffen und Butter

Russland. Die Sanktionen des Westens haben die russische Wirtschaft geschwächt, aber nicht in die Knie gezwungen – diesen Schluss legt der Blick auf die gängigen ökonomischen Indikatoren nahe. Eine nähere Analyse des russischen Staatshaushalts zeigt aber, dass die finanziellen Spielräume für die Regierung immer enger werden.

Vor rund einem Jahr, am 24. Februar 2022, überfiel Russland die Ukraine. Viele westliche Staaten sowie die Europäische Union als Ganzes verabschiedeten daraufhin umfangreiche Sanktionsmaßnahmen gegen Putins Regime.

Dieses entschlossene Handeln der westlichen Staatengemeinschaft zeigte unmittelbar Wirkung: Im zweiten und dritten Quartal 2022 schrumpfte die russische Wirtschafts-

leistung nach OECD-Angaben jeweils um knapp 4 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Allerdings gelang es der russischen Zentralbank mit drastischen Zinserhöhungen, den Verfall der russischen Währung aufzuhalten. Zudem spielten die im vergangenen Jahr stark gestiegenen Weltmarktpreise für Öl und Gas dem russischen Staat in die Hände. Und so hat sich die Wirtschaft inzwischen stabilisiert (Grafik Seite 3):

Der Durchschnittsprognose von Consensus Forecasts zufolge wird das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) Russlands in diesem Jahr nur um 2,1 Prozent schrumpfen – für 2024 erwarten die Experten sogar ein Wirtschaftswachstum von mehr als 2 Prozent.

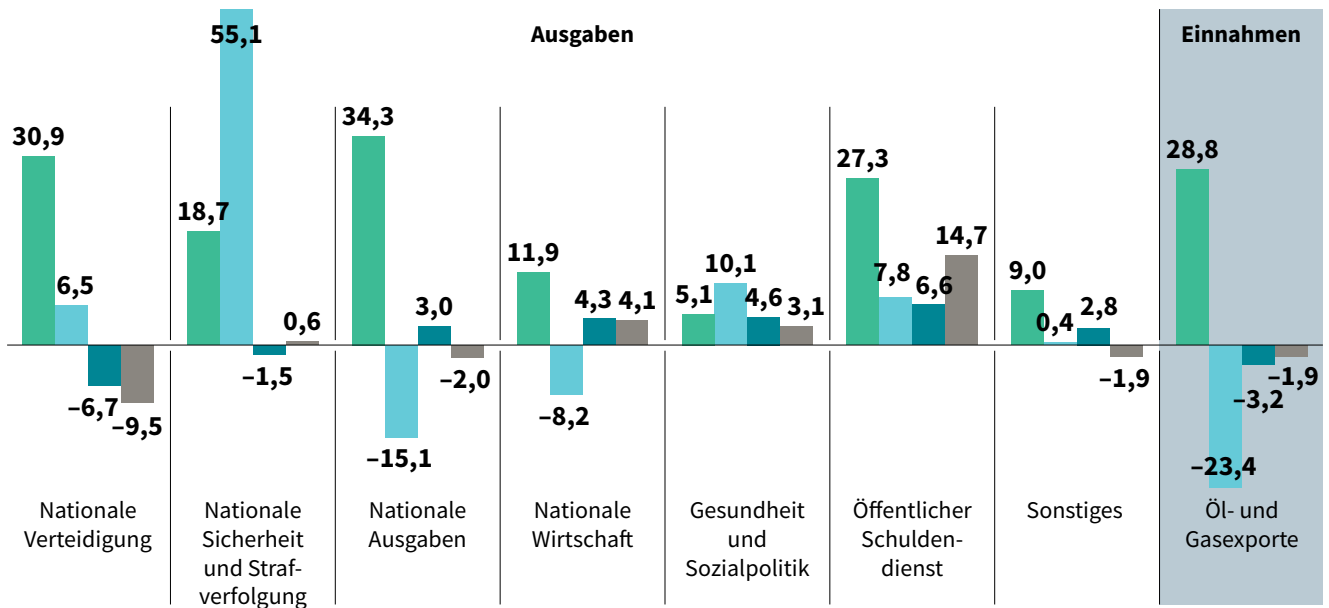
Kann sich Wladimir Putin also auf die Schulter klopfen? Eher nicht. Denn die makroökonomischen Indikatoren liefern gleich auf zwei

Russischer Staatshaushalt: Die Ausgaben steigen

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



■ 2022 ■ 2023 ■ 2024 ■ 2025



Nationale Ausgaben: z. B. Verwaltung, Justiz und internationale Zusammenarbeit; Nationale Wirtschaft: z. B. staatliche Förderprogramme, Subventionen und Infrastrukturprojekte; Sonstiges: Sport, Medien, Kultur, Wohnen, Umweltschutz, Wohnung und Versorgungseinrichtungen; ab 2023: Haushaltsplanung

Quelle: Finanzministerium der Russischen Föderation
© 2023 IW Medien / iwd

Ebenen ein verzerrtes Bild der Lage in Russland:

Erstens bilden die amtlichen Statistiken nur einen Teil der Wahrheit ab – zum Beispiel, weil in den offiziellen Arbeitslosenzahlen jene Arbeiter fehlen, die in Zwangsurlaub geschickt wurden, weil ihre Betriebe die Produktion einstellen mussten.

Zweitens überdecken gesamtwirtschaftliche Kennzahlen wie das BIP die Umwälzungen innerhalb der russischen Ökonomie. Denn der Staat verfolgt inzwischen eine Strategie von „guns and butter“. Es geht also darum, nach außen militärische Stärke zu zeigen und im Inland durch soziale Wohltaten die Bürger bei Laune zu halten – sowie mögliche Proteste durch Repression zu ersticken.

Dieser Kurs ist teuer und bringt die russische Regierung nun in ein Dilemma. Denn infolge der Sanktionen und der Abkehr des Westens von russischen Energielieferungen muss Moskau künftig mit sinkenden Einnahmen aus den entsprechenden Exporten kalkulieren (Grafik Seite 2):

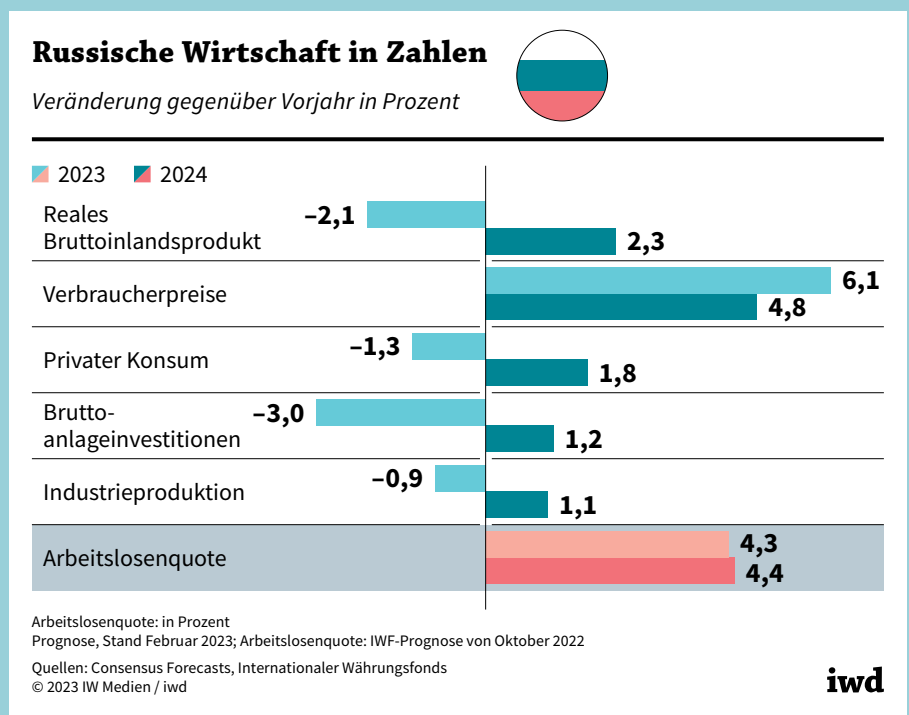
Im Jahr 2023 werden die russischen Einnahmen aus Öl- und Gasexporten gegenüber 2022 um gut 23 Prozent sinken – das bedeutet ein Minus von umgerechnet mehr als 35 Milliarden Euro.

Dabei betrug das russische Haushaltsdefizit im vergangenen Jahr trotz der deutlich höheren Einnahmen bereits fast 4 Prozent des BIP.

Dennoch plant die Regierung vorerst nicht, die Ausgaben für die Kriegswirtschaft zu kürzen – im Gegenteil:

Die Verteidigungsausgaben sollen nach einem Vorjahresplus von fast 31 Prozent im laufenden Jahr um weitere 6,5 Prozent erhöht werden.

Für den Bereich „Nationale Sicherheit und Strafverfolgung“ sind sogar 55 Prozent mehr Haushaltsgel-



der vorgesehen als 2022. Insgesamt machen die Mittel für die innere und äußere Sicherheit in den Haushaltsplanungen bis 2025 konstant mehr als 14 Prozent des Gesamtbudgets aus. Noch deutlich größer ist der Anteil der Sozialpolitik mit aktuell 35 Prozent. Auch in diesem Bereich sollen die Ausgaben weiter steigen.

Unterm Strich will die russische Regierung bis 2025 etwa 14 Prozent mehr Geld ausgeben als 2022. Finanziert werden soll all dies nicht zuletzt über höhere Schulden:

Im Jahr 2025 wird Russland für Schuldzinsen und Tilgungszahlungen gut 21 Milliarden Euro aufbringen müssen – fast 32 Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

Auch wenn angesichts der in früheren Jahren angehäuften Reserven keine Zahlungsunfähigkeit droht, werden die finanziellen Spielräume für die Regierung enger. Der bereits erfolgte Verkauf staatlicher Goldreserven ist ein deutliches Indiz für eine Finanzierungslücke.

Dass die russische Wirtschaft massive Probleme hat, spiegelt sich auch im schlechten Geschäftsklima

wider – vor allem im Handel, bei Dienstleistern und im Bausektor schlagen die Kaufkraftverluste der Russen sowie die Importbeschränkungen durch. Aufgrund der westlichen Sanktionen verliert Russland zudem technologisch den Anschluss an die globale Wirtschaft.

Die bisherigen Maßnahmen des Westens waren also keineswegs wirkungslos – nun gilt es, den Druck weiter zu erhöhen, um Putins Kriegswirtschaft zu schwächen. Unter anderem sollten die asiatischen Demokratien dazu bewegt werden, sich dem vom Westen verhängten Energieembargo anzuschließen. Wichtig wäre es außerdem, Schlupflöcher zu schließen, mit denen die Sanktionen umgangen werden können. Hier sollte die EU vor allem die Türkei in den Blick nehmen, deren Exporte nach Russland zuletzt auffällig gestiegen sind.

IW-Kurzbericht 13/2023
 Melinda Fremerey, Simon Gerards Iglesias:
 Nach einem Jahr Krieg – Der Schein einer stabilen russischen Wirtschaft trägt
iwkoeln.de/russische-wirtschaft

Interview. *Trotz des Kriegs, den Russland gegen die Ukraine führt, hat sich der deutsche Außenhandel mit Mittel- und Osteuropa intensiviert. Sogar der deutsch-ukrainische Handel befindet sich seit Kurzem wieder auf Wachstumskurs. Welche Länder und Warengruppen im Jahr 2022 im Einzelnen von diesen Entwicklungen profitieren konnten, erläutert **Michael Harms**, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft.*



Foto: Christian Kruppa

„Mit vielen Partnerländern ist der Handel überdurchschnittlich gewachsen“

Trotz der Sanktionen und der gedrosselten Energieausfuhren zeigt sich die russische Wirtschaft erstaunlich robust. Warum ist das so?

Der prognostizierte Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 2022, den sogar die russische Zentralbank zunächst zwischen 6 und 8 Prozent gesehen hat, ist in der Tat so nicht eingetreten. Das liegt an fünf Faktoren: Der wichtigste Punkt sind die extrem hohen Einnahmen aus den Energieexporten, die Russland erwirtschaftet hat. Zweitens haben

die Sanktionen, der teilweise Importstopp und die Devisenkontrollen der russischen Zentralbank die Importe stark gedrosselt, sodass 2022 ein hoher Leistungsbilanzüberschuss von mehr als 200 Milliarden Dollar entstanden ist.

Drittens haben Russlands durchaus kompetente Wirtschaftsbehörden – vor allem die Zentralbank – schnell reagiert und viertens haben auch die krisenerprobten russischen Unternehmen sich sehr flexibel an viele Herausforderungen im vergangenen Jahr angepasst. Der fünfte

Punkt: Sehr viele Länder wie China, Indien, die Türkei und ganz Lateinamerika haben sich den Sanktionen gegen Russland nicht angeschlossen. Deren Geschäfte mit Moskau laufen weiter oder haben sich sogar noch verstärkt.

Viele deutsche Unternehmen haben sich aus Russland zurückgezogen. Die Unternehmen, die noch in Russland tätig sind, werden von Ihnen unterstützt. Wie sieht diese Hilfe konkret aus?

Es sind in der Tat viele deutsche Unternehmen dabei, sich aus

Russland zurückzuziehen, das ist ein sehr komplexer Prozess. Die deutschen Firmen in Russland unterstützen wir weiterhin. Es geht vor allem darum, einen Erfahrungsaustausch zwischen den Unternehmen zu organisieren, dafür haben wir eine eigene Veranstaltungsreihe aufgesetzt. Zweitens beobachten wir die makroökonomische Lage sehr genau und bieten dazu Briefings an. Und wir organisieren Runden mit Beratern, die die rechtlichen, steuerlichen und politischen Herausforderungen in Russland erklären.

Was wir explizit nicht tun, ist, Kontakte mit offiziellen russischen Stellen zu unterhalten oder zu vermitteln.

Die deutschen Exporte nach Russland sind 2022 um fast die Hälfte zurückgegangen. Welche Branchen betrifft das vor allem?

Das betrifft etwa die Automobil- und Kfz-Teile-Industrie, die Elektrotechnik und den Maschinenbau. Das größte Exportgut im vergangenen Jahr sind die Pharmaerzeugnisse geworden, die ja nicht unter die Sanktionen fallen. Beim Maschinenbau ist die Landtechnik innerhalb der Produktgruppen führend, die ebenfalls nicht sanktioniert wurden. Man sieht also ganz klar die Korrelation zwischen den Sanktionen und der Handelsstatistik.

Der deutsche Handel mit den von Ihnen vertretenen 29 Ländern in Mittel- und Osteuropa erreichte 2022 einen neuen Höchststand. Welche Länder haben besonders profitiert?

Mit Ländern wie Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei ist der

Handel überdurchschnittlich gewachsen. Natürlich schlagen da auch Preiseffekte durch. Eine ähnlich positive Entwicklung beobachten wir mit Südosteuropa; sehr hohe Wachstumsraten – wenn auch von einem niedrigeren Niveau aus – hatten wir zudem in Zentralasien und im Südkaukasus.

Armenien und Kasachstan stehen unter dem Verdacht, westliche Güter, die unter die gegen Russland verhängten Sanktionen fallen, zu importieren, um sie dann dorthin weiterzukaufen ...

Wir gucken uns diese Fälle genau an und sind dazu im engen Austausch mit der Bundesregierung. Aber ein bewusstes Umgehen der Sanktionen durch relevante deutsche Unternehmen schließe ich aus. Ich beobachte vielmehr ein anderes Phänomen: die Over-Compliance. Die deutschen Exportunternehmen machen im Zweifel lieber kein Geschäft, als sich dem Verdacht auszusetzen, die gegen Russland verhängten Sanktionen zu unterlaufen.

Der bilaterale Handel mit der Ukraine ist 2022 nur um 7 Prozent zurückgegangen, seit dem Spätherbst befindet er sich sogar auf Erholungskurs. Wie kann das sein?

Man muss ehrlicherweise sagen, dass das alles auf einem noch niedrigen Niveau stattfindet. Doch wir sind zufrieden mit dem vergangenen Jahr. Auf der Importseite hatten wir sogar ein leichtes Wachstum, insbesondere bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Kfz-Teilen,

die deutsche Unternehmen in der Ukraine herstellen. Beim Export gab es angesichts der Umstände einen vergleichsweise moderaten Rückgang, was mich freut, denn das zeigt, dass es noch genug Abnehmer in der Ukraine gibt und dass die Finanzierung funktioniert.

Ihr Verband setzt sich für schnelle Nothilfe und einen zeitnahen Wiederaufbau der Ukraine ein. Wie oft lässt sich die von Russland mehrfach zerstörte Infrastruktur wieder aufbauen?

Ein echter Wiederaufbau wird erst dann möglich sein, wenn es einen Waffenstillstand oder Frieden gibt. Allein mit staatlichen Mitteln ist das dann aber nicht zu stemmen. Dafür brauchen wir private Investitionen und wir sehen aus zahlreichen Gesprächen, Umfragen und Initiativen, dass die deutsche Wirtschaft ein großes Interesse daran hat, sich an dem Wiederaufbau zu beteiligen – einerseits aus wirtschaftlichem Interesse, aber auch mit einem starken emotionalen Engagement.

Bislang hat kein größeres deutsches Unternehmen die Ukraine verlassen. Das ist angesichts des Kriegs erstaunlich.

Nicht nur die größeren Unternehmen, auch die Mittelständler sind alle dageblieben. Wir hatten vor ein paar Tagen einen Austausch mit dem Kanzleramt zu diesem Thema, bei dem rund 25 deutsche Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen präsent waren, die in der Ukraine tätig sind. Sie haben nochmals bestätigt, dass sie in der Ukraine bleiben wollen und dort auch ihre Zukunft sehen.

Der etwas andere Wechselkurs

Kaufkraft. Ökonmiestudenten lieben den Big-Mac-Index, weil er das Zusammenspiel von Wechselkurs und Preisniveau so anschaulich macht. Seine Aussagekraft ist allerdings eingeschränkt.

Fast Food als Vergleichsgröße:
Der sogenannte Big-Mac-Index, den die britische Zeitschrift „The Economist“ vor 35 Jahren entwickelt hat, führt für mehr als 50 Länder und Regionen die aktuellen Burgerpreise auf. Die Spanne ist immens (Grafik):

In der Schweiz kostete der Burger im Januar 2023 umgerechnet 7,26 Dollar – und damit fast viermal so viel wie in Ägypten, wo er für 1,84 Dollar zu haben war.

Die Eurozone landet im Ranking mit 5,29 Dollar auf Platz acht – die Preise in den einzelnen Euroländern werden leider nicht ausgewiesen.

Der Index soll auf einfache Weise messen, ob eine Währung über- oder unterbewertet ist. Laut Lehrbuch pendeln sich Wechselkurse bei freiem Handel in einer perfekten Wirtschaftswelt so ein, dass vergleichbare Waren in allen Ländern gleich viel kosten. Die Aussagekraft des Index ist allerdings eingeschränkt. So ist der Big Mac zwar ohne Frage ein global vergleichbares Produkt. Dass die Preisspanne weltweit aber so groß ist, ist nicht nur durch Wechselkurse im Ungleichgewicht zu erklären:

Ein Burger ist kein unbegrenzt handelbares Produkt, da er ver-

derblich ist. Ein Züricher kann seinen Big Mac nicht in Kairo bestellen und so dort die Preise nach oben treiben.

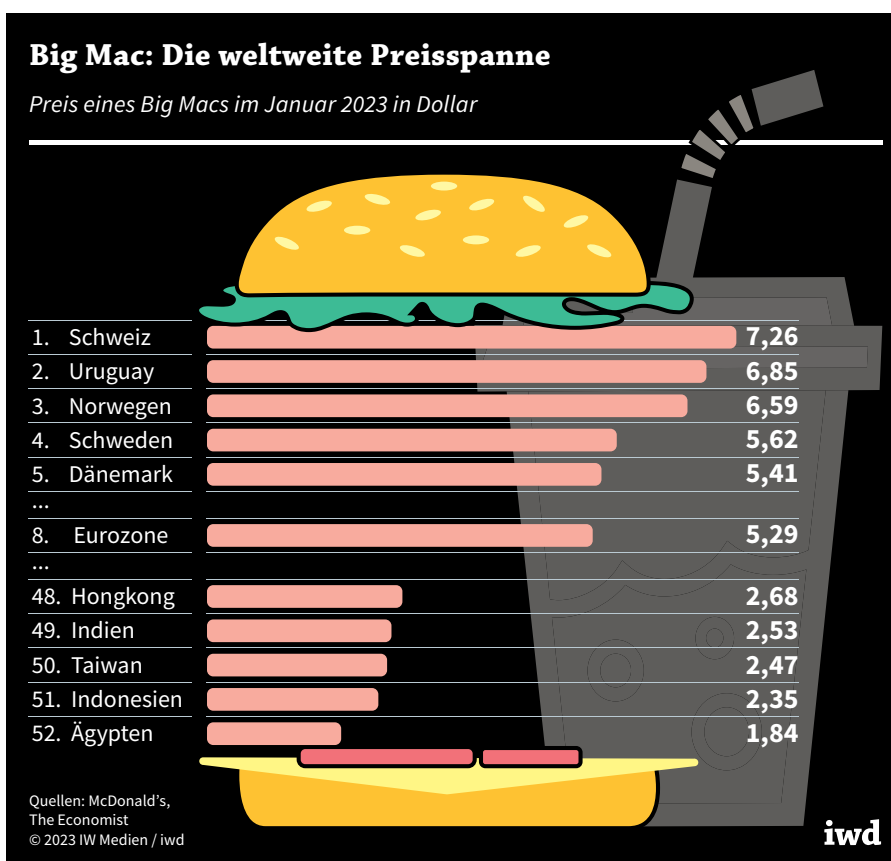
Das internationale Wohlstandsgefälle bewirkt Unterschiede im allgemeinen Preisniveau. Diese Differenzen schlagen sich auch im Burgerpreis nieder. Vor allem für die Preise von Lebensmitteln ist die Kaufkraft im jeweiligen Land ausschlaggebend.

Steuern und Zölle beeinflussen den Preis für Kunden im In- und Ausland. Wenn etwa unterschiedliche Mehrwertsteuersätze zu Preisdifferenzen führen, werden diese generell nicht durch den Wechselkurs ausgeglichen, weil die nationale Mehrwertsteuer beim grenzüberschreitenden Handel nicht anfällt.

Das Wettbewerbsumfeld und die nationalen Vorlieben spielen ebenfalls eine Rolle. Stehen beispielsweise die Japaner genauso auf den Big Mac wie die Amerikaner oder bevorzugen sie einheimische Speisen?

Trotz all dieser Einschränkungen liegt es durchaus auch am Wechselkurs, dass sich Länder wie Ägypten und Indonesien auf den günstigen Plätzen des Big-Mac-Index tummeln. In allen drei Staaten ist die Wirtschaftslage schlecht, die Währungen sind international kaum gefragt und haben folglich gegenüber dem Dollar abgewertet.

Unterm Strich ist der Big-Mac-Index als Wechselkursmaßstab eher ungeeignet. Er taugt allerdings gut dazu, die Kaufkraft des Dollars außerhalb der USA zu messen.



In der Deindustrialisierung vereint

Industriestädte. Die amerikanischen Städte Buffalo und Akron sind mit Dortmund und Chemnitz verpartnert. In den Kommunen auf beiden Seiten des Atlantiks haben Globalisierung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zu Problemen geführt – in Deutschland stabilisierten die sozialen Sicherungssysteme und die Regionalpolitik die Lage allerdings merklich, während Beschäftigte in den USA für einen neuen Job deutlich häufiger die Stadt wechselten.

Seit Jahrtausenden gibt es einen verlässlichen Indikator für die wirtschaftliche Attraktivität einer Region: die Bevölkerungsentwicklung. Wo der Wohlstand wächst, wächst oft auch die Bevölkerung – teils rasant. In Zeiten der industriellen Revolution galt das für Städte dies- und jenseits des Atlantiks gleichermaßen (Grafik):

Aus dem beschaulichen Akron, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch wenige Tausend Einwohner zählte, wurde bis Mitte des 20. Jahrhunderts eine Großstadt mit rund 250.000 Bürgern. Auch in Dortmund, Chemnitz und Buffalo vervielfachte sich die Einwohnerzahl.

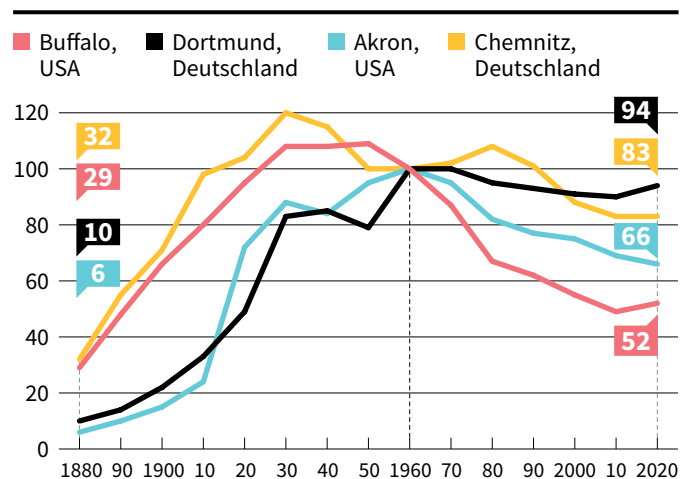
Die Geschäftsmodelle der vier Städte stießen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts allerdings an ihre Grenzen, wie eine neue IW-Studie zeigt: In einer globalisierten Welt waren die Stahlproduktion und die industrielle Getreideverarbeitung in Buffalo nicht länger wettbewerbsfähig, Gleiches galt für die Gummi- und Reifenindustrie Akrons. In Dortmund geriet die Kohle- und Stahlindustrie durch die ausländische Konkurrenz massiv unter Druck und als die Mauer fiel, kam es in Chemnitz zu einem – späten – Globalisierungsschock, weil man plötzlich in weltweiter Konkurrenz stand.

Die weiteren Bevölkerungsdynamiken belegen, wie unterschiedlich die Wirtschafts- und Sozialsysteme dies- und jenseits des Atlantiks angelegt sind: In den USA gilt „People to the Jobs“ – der Staat erwartet eine hohe Flexibilität der Arbeitnehmer, umfassende Sozialleistungen sind nicht vorgesehen.

In Deutschland hat sich dagegen eher „Jobs to the People“ durchgesetzt – mit hohen Subventionen wurden nicht mehr wettbewerbsfähige Branchen lange künstlich am Leben gehalten. Letzteres führte dazu, dass die Bevölkerung in Dortmund und Chemnitz trotz schlechter Wirtschaftsperspektiven langsamer und nicht so drastisch sank wie in Buffalo oder Akron.

Bevölkerungsentwicklung in Industriestädten: Ein Auf und Ab

1960 = 100



Quellen: IT.NRW, Stadt Dortmund, Statistische Jahrbücher der DDR, Statistisches Bundesamt, United States Census Bureau
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Mit Blick auf die politische Partizipation wirtschaftlich angeschlagener Regionen sind die Folgen unterschiedlich: Die Wahlbeteiligung in Chemnitz und Dortmund war zuletzt nahe am Bundesdurchschnitt, in Buffalo und Akron lag sie dagegen 10 beziehungsweise 13 Prozentpunkte unter dem US-Schnitt.

Eines kann die deutsche Sozial- und Subventionspolitik indes nicht unbedingt erkaufen: die Zustimmung zum etablierten demokratischen System. In Chemnitz ist die AfD zweitstärkste Kraft und die Bürger sind besonders unzufrieden mit der Demokratie.

IW-Kurzbericht

Ruth Maria Schüller, Matthias Diermeier: Aufstieg und Fall von Industriestädten dies- und jenseits des Atlantiks
iwkoeln.de/deindustrialisierung

Kleine Delle

Biolebensmittel. *Erstmals seit vielen Jahren verzeichnet die Biobranche in Deutschland Umsatzrückgänge. Wegen der hohen Inflationsrate greifen viele Verbraucher zu günstigeren Biohandelsmarken oder gar zu konventionellen Waren.*

Die hohe Inflation trifft auch bislang erfolgsverwöhnte Branchen: Nachdem der Umsatz mit Biolebensmitteln und -getränken in Deutschland mehr als 20 Jahre lang gestiegen war und 2021 die Rekordsumme von fast 16 Milliarden Euro erreichte, ist der Wachstumskurs nun zum ersten Mal unterbrochen (Grafik):

Im Jahr 2022 wurden in Deutschland Biolebensmittel für 15,3 Milliarden Euro umgesetzt, das waren 3,5 Prozent weniger als 2021.

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) führt das Minus in erster Linie darauf zurück, dass Verbraucher verstärkt zu günstigeren Waren innerhalb eines Sortiments greifen – also, dass die billigere Packung Bionudeln einer Handelsmarke im Einkaufskorb landet und nicht die teureren biologischen Teigwaren eines Markenherstellers. Doch der ein oder andere bisherige Biokonsument dürfte sich angesichts der gestiegenen Lebensmittelpreise auch schlicht für günstigere konven-

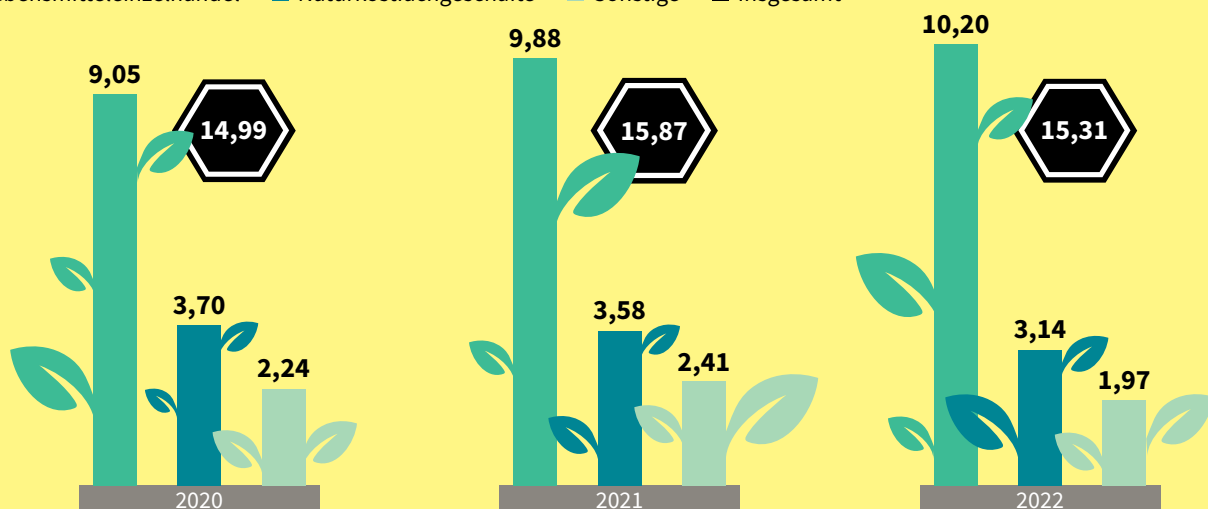
tionelle Nahrungsmittel entschieden haben.

Die Preissensibilität der Verbraucher schlägt sich auch in der Wahl des Einkaufsorts nieder: Einzig der Lebensmitteleinzelhandel, zu dem auch die Discounter zählen, konnte seine Umsätze mit Biowaren 2022 im Vergleich zum Vorjahr steigern, und zwar um rund 3 Prozent. In den Naturkostfachgeschäften gingen die Umsätze um 12 Prozent und in den übrigen Verkaufsstätten wie Reformhäusern, Biohfläden sowie den

Biobranche: Weniger Umsatz

Umsatz mit Biolebensmitteln und -getränken in Deutschland in Milliarden Euro

■ Lebensmitteleinzelhandel ■ Naturkostfachgeschäfte ■ Sonstige ■ Insgesamt



Lebensmitteleinzelhandel: einschließlich Drogeriemärkte;

Sonstige: Bäckereien, Metzgereien, Obst- und Gemüsefachgeschäfte, Wochenmärkte, Ab-Hof-Verkauf, Abo-Kisten, Versandhandel, Tankstellen, Reformhäuser

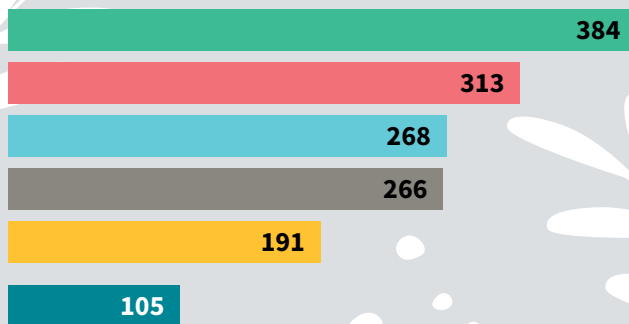
Quelle: Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Bio in Europa: Die Top Five

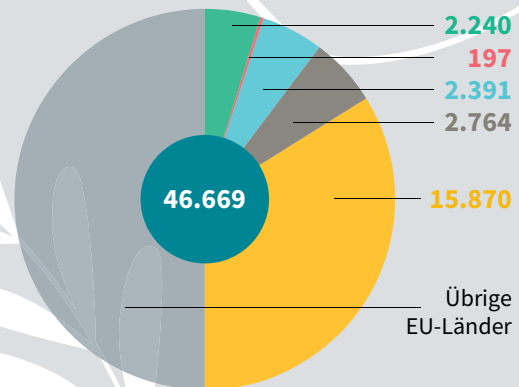
In diesen EU-Ländern gaben die Verbraucher 2021 das meiste Geld für Biolebensmittel aus

■ Dänemark ■ Luxemburg ■ Österreich ■ Schweden ■ Deutschland ■ EU-27

Umsatz je Einwohner in Euro



Umsatz insgesamt in Millionen Euro



Quellen: Agrarmarkt Informations-Gesellschaft, Forschungsinstitut für biologischen Landbau
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Biobäckereien und -metzgereien sogar um 18 Prozent zurück.

Gewachsen ist dagegen die Zahl der Höfe – 2022 stellten 784 Betriebe in Deutschland auf Bio um, sodass zum Jahresende insgesamt 36.548 Biohöfe existierten. Damit produziert jeder siebte Hof in Deutschland ökologisch. Doch um das von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir angestrebte Ziel zu erreichen – die Umstellung von 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche auf Öko bis zum Jahr 2030 –, müssten noch deutlich mehr Bauern die Umstellung wagen: Aktuell werden nur rund 11 Prozent der Anbaufläche biologisch bewirtschaftet.

Der BÖLW weist darauf hin, dass die Preise für Biolebensmittel in Deutschland im Jahr 2022 weniger stark gestiegen sind als die Preise für konventionelle Waren. Laut Agrarmarkt Informations-Gesellschaft haben sich alle Frischeprodukte in Bioqualität um 6,6 Prozent verteuert, bei den konventionellen Waren betrug die Preissteigerung rund 12 Prozent. Bei einzelnen Produkten

hat sich der Preis zwischenzeitlich sogar fast angeglichen. So betrug der Preisabstand zwischen konventioneller Milch und Biomilch im August und September 2022 nur noch gut 2 Cent je Liter.

Von den 102.170 Lebensmitteln, die in Deutschland mit Biosiegel zu kaufen sind, boomten im Jahr 2022 erneut die Milch- und Fleischalternativen.

So wurden im vergangenen Jahr 4 Prozent mehr pflanzliche Biodrinks verkauft als 2021, Biofleischersatzprodukte legten ebenfalls um 4 Prozent zu. Da jedoch bei beiden Produkten zu günstigeren Waren gegriffen wurde, gaben die Verbraucher unterm Strich für das Mehr an Hafermilch und Sojawürsten genauso viel Geld aus wie im Vorjahr.

Dass beim heimischen Biomarkt generell noch Luft nach oben ist, zeigt ein Blick ins Ausland: Während in Deutschland der Bioanteil am Lebensmittelmarkt 7 Prozent beträgt, liegt die Bioquote in Dänemark bei 13 Prozent, in Österreich sind es knapp 12 Prozent, in Luxem-

burg 11 Prozent und in Schweden knapp 9 Prozent.

In diesen vier EU-Staaten ist der Pro-Kopf-Umsatz mit Biowaren auch deutlich höher als in der Bundesrepublik (Grafik):

Jeder Däne gab im Jahr 2021 im Schnitt 384 Euro für Lebensmittel in Bioqualität aus, in Luxemburg waren es 313 Euro.

Die Österreicher kauften durchschnittlich für 268 Euro Biolebensmittel und die Schweden für 266 Euro. In Deutschland, das auf Platz fünf landet, setzte die Biobranche 191 Euro je Einwohner um.

Insgesamt wurden in den 27 Mitgliedsstaaten der EU im Jahr 2021 Biolebensmittel für 46,7 Milliarden Euro verkauft. In den USA betrug der entsprechende Wert 48,6 Milliarden Euro und in China 11,3 Milliarden Euro. Die Pro-Kopf-Umsätze für ökologische Lebensmittel waren in den Vereinigten Staaten mit 146 Euro rund 40 Euro höher als in der EU und wesentlich höher als in China, wo jeder Einwohner im Schnitt lediglich 8 Euro für Biowaren ausgab.

Schiefelage gen Osten

Außenhandel. Die deutsche Handelsbilanz mit China hat sich 2022 dramatisch verschlechtert. Während die Importe aus China massiv stiegen, legten die Exporte deutscher Betriebe nach China kaum zu. Einige Argumente sprechen für einen einmaligen Ausreißer, andere für einen langfristigen Effekt.

Schon Mitte 2022 zeichnete sich ein großes Minus beim Handel mit China ab: 40 Milliarden Euro betrug das Defizit im Export- und Importgeschäft aus deutscher Perspektive. Dieser Wert toppte bereits alle vorherigen Jahresbilanzen und warf bereits damals die Frage auf: Wirken hier pandemiebedingte Sondereffekte, die sich in der zweiten Jahreshälfte wieder relativieren?

Die Daten sprechen nun eine klare Sprache (Grafik):

Das deutsche Handelsbilanzdefizit mit China beläuft sich für das Jahr 2022 auf 84,1 Milliarden Euro.

Nie zuvor war das Jahresdefizit so hoch, 2019 betrug es lediglich ein Sechstel des 2022er-Werts.

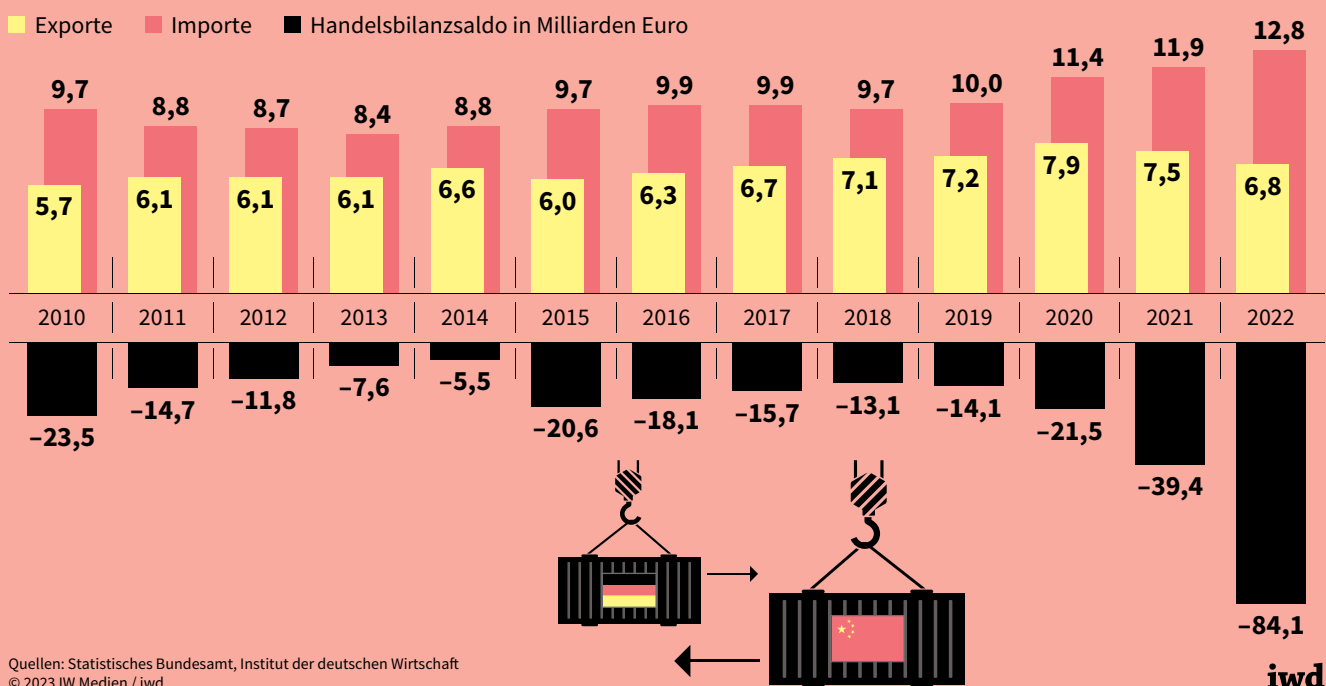
Generell gelten kleinere Handelsbilanzdefizite nicht als kritisch. Der rapide Anstieg des negativen Saldos gegenüber Peking ist jedoch problematisch. Wenn Deutschland als Exporteur Waren im Wert von 107 Milliarden Euro nach China ausführt,

gleichzeitig aber Einfuhren von 191 Milliarden Euro aufweist, ist das Ungleichgewicht zu groß. Das IW hat nun in einem ersten Schritt analysiert, wie es zu einem derart hohen Defizit kommen konnte.

Die Importe aus China nach Deutschland – die ohnehin schon auf einem hohen Niveau waren – stiegen 2022 um gut ein Drittel. Die deutschen Einfuhren insgesamt legten lediglich um knapp ein Viertel zu. Dieser Anstieg war zudem vor allem

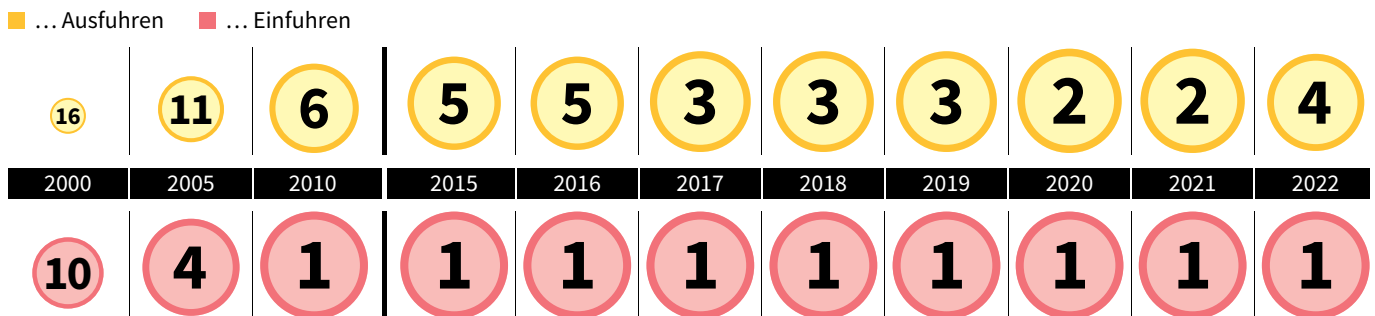
Warenhandel mit China: Massives Ungleichgewicht

So viel Prozent der deutschen Warenexporte und -importe gingen nach beziehungsweise kamen aus China



Deutscher Außenhandel: Der Stellenwert Chinas

Auf diesem Platz landete China in der Rangliste der wichtigsten Handelspartner Deutschlands bei den ...



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

auf die höheren Kosten für importierte Energiegüter zurückzuführen, die bei den Geschäften mit China eine untergeordnete Rolle spielen. Die Folge dieser Entwicklungen:

Der chinesische Einfuhranteil an allen Importen nach Deutschland erhöhte sich von 11,9 Prozent im Jahr 2021 auf 12,8 Prozent.

Im Jahr 2019 lag der Anteil noch bei 10 Prozent. Die höheren Quoten während der Coronapandemie ließen sich nicht zuletzt mit erhöhtem Bedarf an Medikamenten und Medizinprodukten begründen. Den jüngsten Anstieg kann dies aber nicht erklären.

Im Gegenzug entwickelten sich die Exporte ins Reich der Mitte zuletzt schwach. Deutschland konnte seine globalen Ausfuhren 2022 insgesamt um 14,1 Prozent steigern, für China lag das Plus aber lediglich bei 3,1 Prozent – mit diesem Effekt (Grafik):

China fiel 2022 im Ranking der wichtigsten deutschen Exportländer von Rang zwei auf Platz vier zurück – der Exportanteil Chinas sank auf nur noch 6,8 Prozent.

Es zeigt sich also, dass das große Handelsbilanzdefizit sowohl auf die Export- als auch die Importseite zurückzuführen ist.

Ob dieses Gefälle bleibt und wie problematisch es ist, hängt in erster

Linie davon ab, ob das Jahr 2022 eine Ausnahme war oder strukturelle Veränderungen auf einen langfristigen Effekt hindeuten. Für beide Szenarien gibt es Argumente, was ein klares Urteil erschwert.

Diese Überlegungen und Sachverhalte sprechen für einen temporären Effekt:

- China setzte in der Coronapandemie auf eine Null-Covid-Strategie. Dadurch gab es großflächige und lang anhaltende Lockdowns. Erst zum Jahresende 2022 schwenkte die Führung in Peking um und lockerte die Coroneinschränkungen radikal. Wenn chinesische Firmen nun wieder mehr im eigenen Land absetzen können, sinken möglicherweise die Ausfuhren nach Deutschland und der Handelssaldo reduziert sich.
- Die deutschen Ausfuhren gen China könnten sowohl unter der Corona- als auch der Energiekrise gelitten haben. Zudem schwanken die Veränderungsdaten der China-Exporte seit Jahren.

Diese Fakten sprechen für einen langfristigen Effekt:

- Deutsche Tochterunternehmen in China wollen ihr Geschäft zunehmend ins Reich der Mitte verlagern. Das betrifft auch die Zulieferer- und Vorleistungsebene, wo Deutschland im Export traditionell stark ist. Das Resultat wären sinkende Ausfuhren.

- Die chinesische Regierung erhöht den Druck auf deutsche Firmen, vor Ort zu produzieren. So soll der Transfer von Wissen und Technologie beschleunigt werden. Unterm Strich schwächt dies ebenfalls das deutsche Exportgeschäft.

- China will seine Importe generell reduzieren. Die Dual-Circulation-Strategie und die Made-in-China-2025-Strategie haben das explizite Ziel, China autarker zu machen.

Um eindeutige Schlüsse für den deutsch-chinesischen Handel zu ziehen, ist es noch zu früh. Gleichwohl lässt sich festhalten, dass die steigenden Importe den Kostendruck auf deutsche Unternehmen, die mit chinesischen Firmen konkurrieren, erhöht haben. Außerdem haben sie die deutsche Importabhängigkeit von China weiter erhöht.

Aufgrund der geopolitischen Unsicherheiten wird die Bundesregierung auf eine geringere Abhängigkeit von China hinarbeiten. Auch einige heimische Unternehmen haben angekündigt, ihre Import- und Absatzmärkte stärker zu diversifizieren. Die Zahlen indes sprechen bislang eine andere Sprache.

IW-Kurzbericht 9/2023

Jürgen Matthes: China-Handel 2022 – Ungleichgewicht und Abhängigkeit weiter verstärkt
iwkoeln.de/china-handel

Widersprüchliche Wünsche

Staatliche Hilfen. In der Energiekrise hat die Regierung die Menschen mehrfach entlastet. Wie die Bürger die Maßnahmen bewerten, hat das IW untersucht. Dabei zeigen sich deutliche Diskrepanzen.

Um die Bundesbürger in der Energiekrise zu unterstützen, hat die Ampelkoalition im vergangenen Jahr insgesamt drei Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von 200 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Statt zielgenauer Maßnahmen für die am stärksten Betroffenen setzte die Regierung dabei aber größtenteils auf das Gießkannenprinzip. Wie diese Krisenpolitik in der Bevölkerung ankommt, hat das IW untersucht.

In einer repräsentativen Befragung gaben 58 Prozent der Bürger an, dass aus ihrer Sicht nur Haushalte mit niedrigem Einkommen bei den Energiekosten entlastet werden

sollten. Sobald die IW-Wissenschaftler nach konkreten Maßnahmen fragten, offenbarte sich jedoch ein Widerspruch (Grafik):

Rund zwei Drittel der Bundesbürger, die sich zuvor für eine zielgerichtete Entlastungspolitik ausgesprochen haben, fordern, dass Maßnahmen wie eine höhere Pendlerpauschale, Tankrabatte oder vergünstigte Tickets für Bus und Bahn für alle Haushalte gelten sollten.

Für diese widersprüchliche Anspruchshaltung kann es mehrere Erklärungen geben. So mögen vor allem Haushalte mit höheren Einkommen Entlastungen nur für

Niedrigeinkommenshaushalte im Kern befürworten, da sie durch die gestiegenen Kosten nicht über die Maßen belastet werden. Je konkreter eine Maßnahme aber ist, desto größer ist das Bedürfnis, die Vergünstigung ebenfalls „mitzunehmen“.

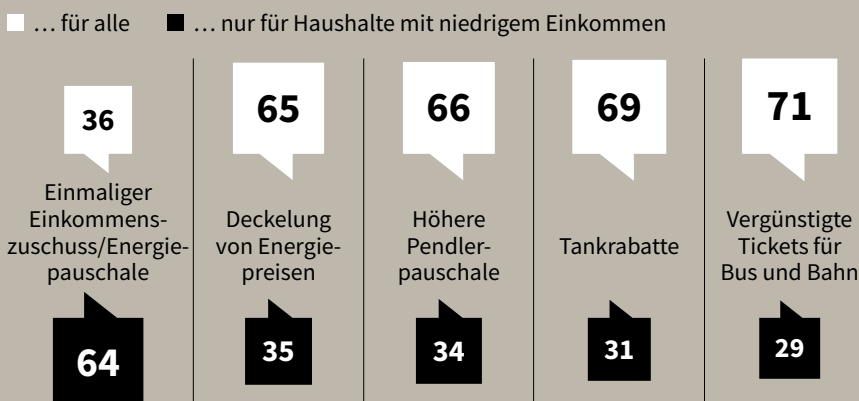
Darüber hinaus zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Bewertung konkreter Maßnahmen und der parteipolitischen Grundeinstellung. So fordern 95 Prozent aller FDP-Anhänger, die einen Tankrabatt befürworten, diesen allen Haushalten zu gewähren. Aus dem Lager jener Grünen, die ein rabattiertes ÖPNV-Ticket gutheißen, sprechen sich 81 Prozent dafür aus, dass diese Maßnahme allen zugutekommen sollte.

Würden die Anhänger der Koalitionsparteien die entsprechenden Maßnahmen exklusiv für Menschen mit Niedrigeinkommen fordern, würden sie sich selbst oftmals ausschließen. Die Bundesbürger wollten von ihren politischen Repräsentanten bedient werden – und wurden es schließlich auch.

Bei der zukünftigen Entlastungspolitik sollte die Regierung bereits im Vorfeld genau kommunizieren, was von den Maßnahmen zu erwarten ist und wer von ihnen profitiert, um Enttäuschungen in der Bevölkerung zu verhindern. Gleichzeitig muss klar sein, dass die Hilfen für Bedürftige keine Selbstverständlichkeit sind und die Eigenverantwortung beim Energiesparen weiter an erster Stelle steht.

Entlastungsforderungen: Bundesbürger widersprechen sich

58 Prozent der Bundesbürger stimmen der generellen Aussage zu, dass nur Haushalte mit niedrigem Einkommen bei ihren Energiekosten entlastet werden sollten. Von diesen Bürgern geben so viel Prozent an, die nachfolgenden politischen Maßnahmen sollten ... gelten.



Befragung von 1.238 Bundesbürgern im Alter von 18 bis 75 Jahren vom 1. bis 14. September 2022

Quellen: SINUS-Institut, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Wenig Präsenz an der Basis

Parteienlandschaft. Seit zehn Jahren ist die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) Teil der deutschen Parteienlandschaft. Oft behauptet die Parteispitze, besonders bürgernah zu sein. Aktuelle Daten zeigen, dass die AfD vor Ort aber in Wirklichkeit deutlich schlechter zu erreichen ist als alle anderen Parteien, die im Bundestag sitzen.

Vor zehn Jahren startete die Alternative für Deutschland als westdeutsche „Professorenpartei“ um Bernd Lucke. Seither ist die AfD deutlich nach rechts gerückt und stärker in Ostdeutschland präsent als früher. Sie geriert sich als Partei, die den wahren Volkswillen besser kennt als die Konkurrenz und die Bürger deshalb besonders gut repräsentieren kann.

Das Institut der deutschen Wirtschaft ist dieser Behauptung nun

auf den Grund gegangen. Dafür haben die IW-Wissenschaftler analysiert, wie viele Anlaufstellen – also Wahlkreis-, Abgeordneten- und Bürgerbüros sowie Landes- und Kreisgeschäftsstellen – alle Parteien, die im Bundestag sitzen, deutschlandweit unterhalten. Die Daten dafür lieferte ihnen die Google Nearby Search. Das Ergebnis ist eindeutig (Grafik):

Die Union von CDU und CSU kommt auf fast 16 Anlaufstellen je

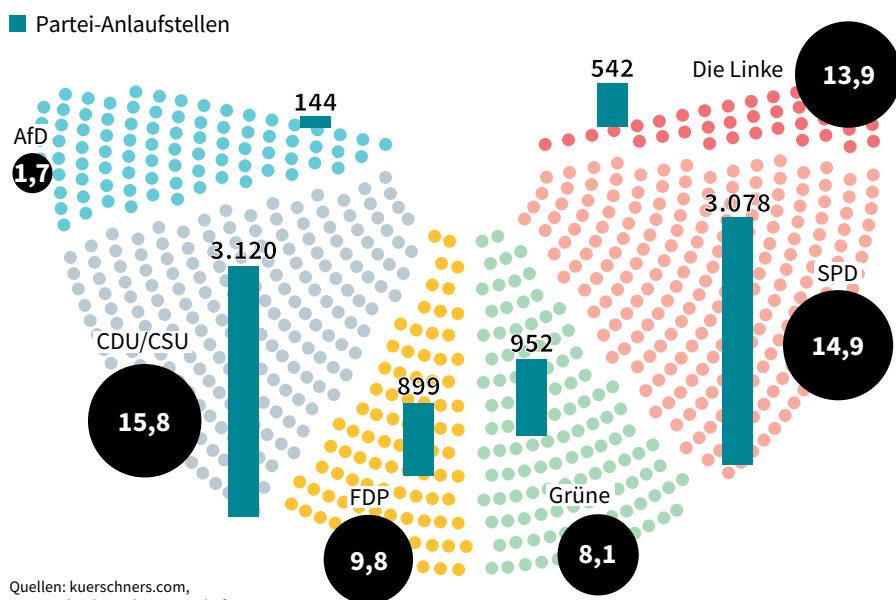
Bundestagsabgeordneten, die AfD auf nicht einmal zwei. Auch in den ostdeutschen Bundesländern ist sie nicht signifikant präsenter.

Selbst die Grünen mit dem zweitniedrigsten Wert können deutschlandweit acht Anlaufstellen je Volksvertreter vorweisen. Und die Linkspartei, die absolut betrachtet die zweitwenigsten Büros und Geschäftsstellen unterhält, kommt auf fast 14 Anlaufstellen je Abgeordneten. Das sind gut achtmal so viele wie bei der AfD.

Wettmachen kann die AfD ihre fehlende physische Bürgernähe übrigens auch in der digitalen Welt nur bedingt: Frühere Untersuchungen des IW haben gezeigt, dass die AfD Social-Media-Kanäle zwar ausgiebig bespielt. Twitter beispielsweise nutzt sie aber fast nur zur Top-down-Kommunikation, ein Diskurs findet kaum statt. Und auch auf direkte Bürgeranfragen per E-Mail reagieren die Parlamentarier weniger häufig als die Politiker anderer Parteien.

Parteien vor Ort: Schlusslicht AfD

So viele Partei-Anlaufstellen gab es laut Google im Jahr 2022 rein rechnerisch pro Mitglied des Bundestags



Quellen: kuerschners.com, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd

IW-Kurzbericht 7/2023

Knut Bergmann, Matthias Diermeier, Jan Engler, Melinda Fremerey: Zehn Jahre AfD – Der kurze Weg nach Osten

iwkoeln.de/zehn-jahre-afd

Das Rad nicht überdrehen

Tarifpolitik. Die Inflationsrate dürfte ihren Höhepunkt überschritten haben. Die Tarifforderungen ziehen dagegen weiter an. Sollten sich die Gewerkschaften mit ihren Forderungen durchsetzen, kommt es zur Lohn-Preis-Spirale. Das würde auch zu Konflikten mit der Europäischen Zentralbank führen.

Mit der steigenden Inflation im vergangenen Jahr gingen auch die Lohnforderungen der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen nach oben. Während sich die IG Metall bis heute in einem Korridor von 8 bis 8,5 Prozent bewegt, wollen ver.di und andere Gewerkschaften deutlich mehr. Für den öffentlichen Dienst fordert ver.di 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro – effektiv wären das knapp 15 Prozent. Bei der Deutschen Post soll das Plus nach dem Willen der Gewerkschaft gleich

15 Prozent betragen, die Deutsche Bahn sieht sich einer Forderung von 12 Prozent gegenüber. Mindestens sollen es hier aber 650 Euro mehr Gehalt sein, was effektiv auf 18 Prozent hinausläufe.

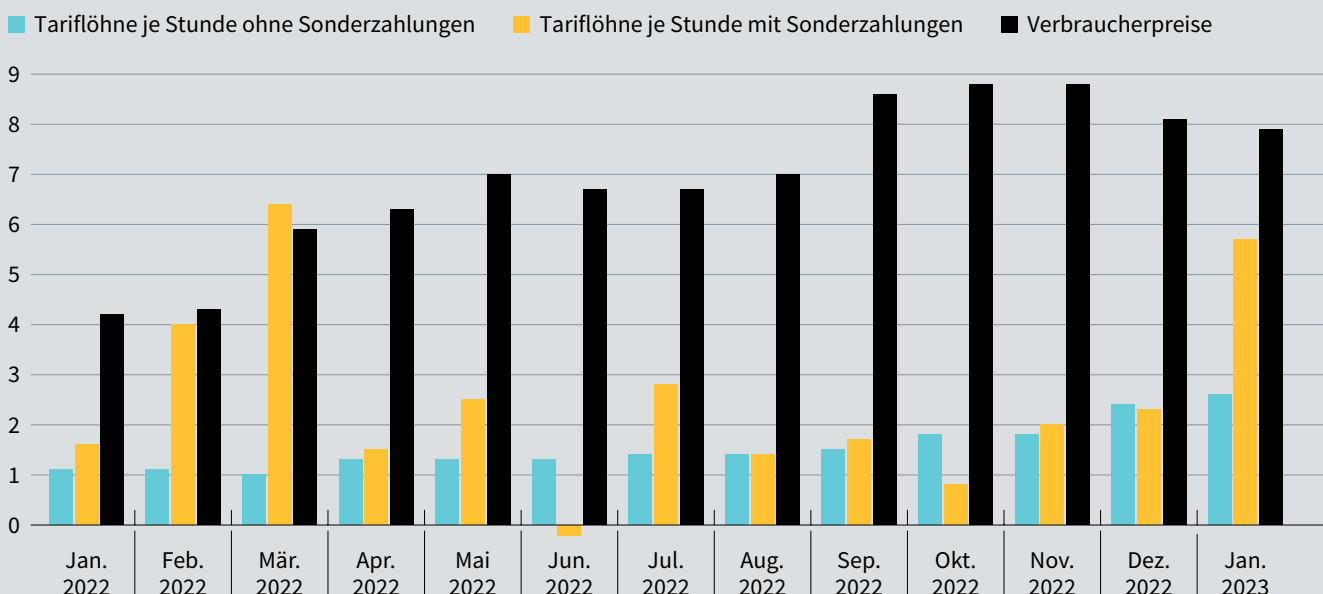
Die Forderungen der Gewerkschaften liegen weit über der Jahresinflation – 2022 lag diese zunächst bei 7,9 Prozent, nach einer Anpassung der Berechnungsmethode dann bei 6,9 Prozent. In diesem Jahr wird die Inflation voraussichtlich 6 Prozent betragen.

Die Gewerkschaften ignorieren auch, dass durch die hohen Energiepreise Geld ins Ausland fließt und nicht bei heimischen Firmen zu mehr Gewinn führt. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel schätzt die Mehrausgaben für importierte Energie in diesem Jahr auf 136 Milliarden Euro. Dieser Umstand macht alle ärmer. Unternehmen haben weniger Geld für Investitionen, Arbeitnehmer weniger für ihren Konsum.

Die Bundesregierung hat bereits im vergangenen Jahr versucht, durch

Tariflöhne: Stetiger Anstieg

in Deutschland, Veränderung gegenüber dem Vorjahrsmonat in Prozent



Einmalzahlungen: einschließlich Coronaprämien und Inflationsausgleichsprämien

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2023 IW Medien / iwd

verschiedene Entlastungspakete die schlimmsten Folgen dieses Wohlstandsverlusts abzufedern. Dazu gehört auch eine abgabenfreie Einmalzahlung – die Inflationsausgleichsprämie: Bis Ende 2024 können Firmen bis zu 3.000 Euro je Beschäftigten zahlen, ohne dass der Empfänger Steuern oder Sozialabgaben zahlen muss. Es gilt brutto gleich netto.

Zwar argumentiert ver.di, dass die Preise nicht einmalig, sondern dauerhaft steigen – doch andere Gewerkschaften haben die Prämie in den Tarifrunden im vergangenen Herbst reichlich genutzt, etwa in der Chemie oder der Metall- und Elektro-Industrie. Denn die Prämie bietet gerade in der aktuellen Lage viele Vorteile: Vor allem Geringverdiener profitieren von der Ausschüttung. Gleichzeitig werden die Unternehmen nicht dauerhaft durch höhere Lohnkosten belastet, was den Druck mindert, steigende Lohnkosten auf die Güterpreise umzulegen. Mit den aktuellen Forderungen nimmt aber genau diese Gefahr zu:

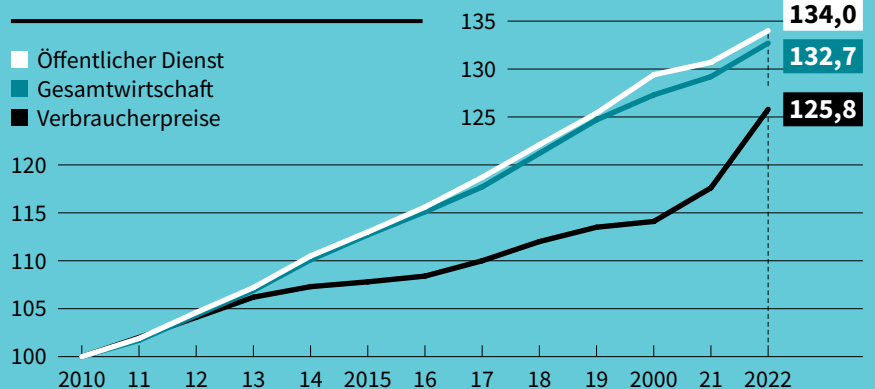
Sollten die Gewerkschaften ihre Vorstellungen durchsetzen, beziffern allein die Kommunen die daraus entstehenden Kosten auf 15,4 Milliarden Euro.

Damit würde etwa für dringend benötigte Investitionen, Neueinstellungen und künftige Tarifrunden Geld fehlen. Bund und Kommunen haben nun selbst ein Angebot vorgelegt: schrittweise 5 Prozent mehr Lohn bis Juni 2024, steuerfreie Einmalzahlungen von insgesamt 2.500 Euro je Beschäftigten sowie eine Erhöhung des Weihnachtsgelds.

Verhandlungen laufen auch bei den ehemaligen Staatsunternehmen

Löhne: Langfristig starkes reales Wachstum

Entwicklung von Tariflöhnen je Stunde und Verbraucherpreisen in Deutschland, 2010 = 100



Tariflöhne: inklusive Urlaubsgeld, Jahressonderzahlungen, vermögenswirksamen Leistungen
 Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

iwd

Deutsche Post und Deutsche Bahn. Die Bahn beziffert die zusätzlichen Kosten der Gewerkschaftsforderungen auf 2,4 Milliarden Euro. Dieser Kostenschub trafe die Bahn zu einem Zeitpunkt, wo sie sich noch von den Folgen der Pandemie erholt. Laut Unternehmen beläuft sich der operative Verlust für 2022 im Systemverbund Bahn auf etwa 800 Millionen Euro.

Die Deutsche Post denkt angesichts der hohen Forderungen von ver.di und dem zuletzt abgelehnten Gegenangebot über eine Auslagerung ihrer Betriebs- und Sortierzentren nach.

Generell blieben die Tarifverdienste im vergangenen Jahr hinter der Teuerungsrate zurück (Grafik Seite 14). Das dürfte sich aber bald ändern. Zum einen schließen die in verschiedenen Branchen bereits vereinbarten Inflationsausgleichsprämien zumindest einmalig einen großen Teil der Lücke. Zum anderen

nehmen die prozentualen Entgeltsteigerungen stetig zu. Hohe Abschlüsse bei einem erwarteten Rückgang der Inflationsraten würden diesen Trend noch verstärken.

Im Gesamtkontext dürfen die Gewerkschaften ohnehin zwei Punkte nicht ignorieren. Der erste (Grafik):

Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise stiegen die Reallöhne jahrelang deutlich.

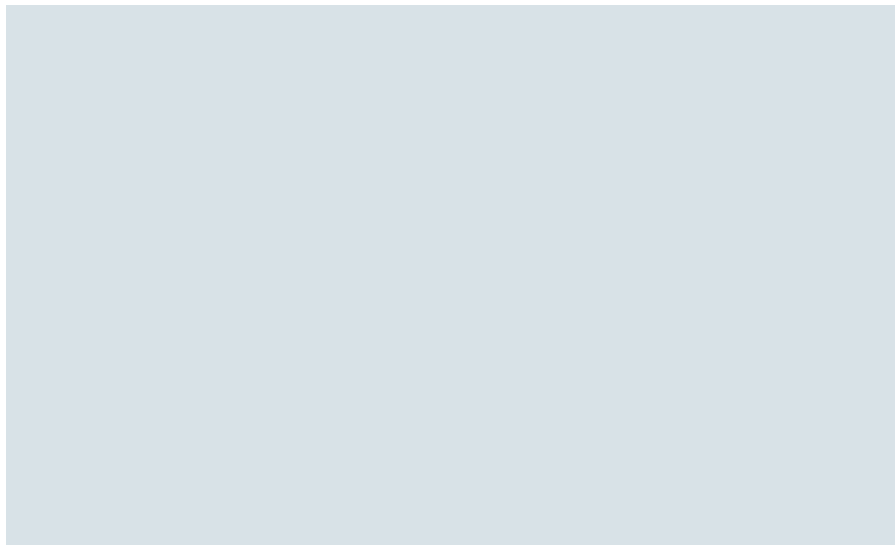
Und zweitens sind angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung Reallohnverluste volkswirtschaftlich betrachtet zumindest vorübergehend unvermeidbar.

Je weniger die Gewerkschaften dies akzeptieren, desto eher drohen Konflikte zwischen Lohn- und Geldpolitik – auch über Deutschland hinaus. Muss die Europäische Zentralbank die Zinsen über Gebühr anheben, um die durch eine Lohn-Preis-Spirale ausgelöste Inflation abzufedern, würde dies die Wirtschaft zusätzlich schwächen.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.





Top-Liste: Online-Payment

Nur Bares ist Wahres? In Deutschland gilt das noch größtenteils. Laut Deutscher Bundesbank wurden 2021 in der Bundesrepublik 58 Prozent der Bezahlvorgänge für Warenkäufe und Dienstleistungen mit Banknoten und Münzen beglichen. Immerhin 5 Prozent aller Transaktionen wurden mit Internetbezahlverfahren getätigt. Hier steht der Online-Bezahldienst PayPal mit großem Abstand an erster Stelle – ihn verwenden mehr als 90 Prozent aller Nutzerinnen und Nutzer. Platz zwei im Ranking belegt das schwedische Unternehmen Klarna, das rund die Hälfte der Befragten nutzt. Die Verwendung von primären Mobile-Payment-Diensten wie Apple Pay ist dagegen in Deutschland kaum verbreitet: Nur 15 Prozent der Nutzer von Online-Bezahldiensten greifen auf Apple Pay zurück, Google Pay kommt auf 14 Prozent.

Bargeldlos zahlen: Die am meisten verbreiteten Systeme

So viel Prozent der Nutzer von Online-Bezahldiensten in Deutschland verwendeten in den vergangenen zwölf Monaten ...

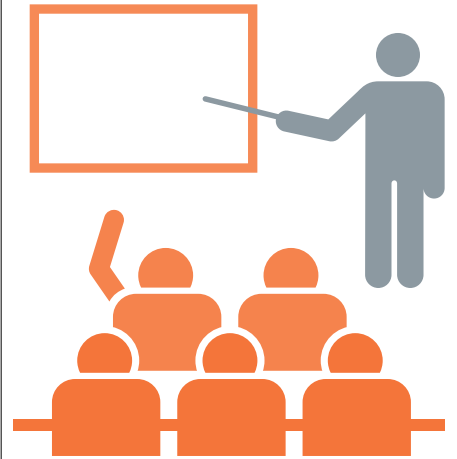


Befragung von 4.115 Nutzern vom 6. Januar bis 18. Dezember 2022

Quelle: Statista
© 2023 IW Medien / iwd



Zahl der Woche



155.800

Kinder und Jugendliche in Deutschland haben im Schuljahr 2021/22 eine Klasse wiederholt. Das waren 60.000 mehr als im vorangegangenen Schuljahr. Die bundesweite Quote der Wiederholerinnen und Wiederholer stieg binnen Jahresfrist von 1,4 auf 2,4 Prozent.

Viele Bundesländer hatten im Schuljahr 2020/21 nach Ausbruch der Coronapandemie ihre Versetzungsregeln gelockert – als Ausgleich für ausgefallene Schulstunden und den Online-Unterricht. Trotz schlechter Noten wurden Schülerinnen und Schüler in die nächste Klassenstufe versetzt. Das erklärt die niedrigere Zahl der Sitzenbleiber im Schuljahr 2020/21.

Von den Sitzenbleibern des vergangenen Schuljahres waren 58 Prozent männlich und 42 Prozent weiblich. In Mecklenburg-Vorpommern hieß es besonders oft „nicht versetzt“, 5 Prozent der Schülerinnen und Schüler wiederholten dort im Schuljahr 2021/22 eine Klassenstufe. Einzig in Bremen ging die Quote der Sitzengebliebenen leicht zurück, von 1,7 auf 1,5 Prozent.